

# Umweltverschmutzung in China

## Mit Kernenergie gegen den Klimawandel

Für die anhaltende Luftverschmutzung steht die chinesische Regierung bei der Bevölkerung in der Kritik. Um diese zu beruhigen, will sie bis 2030 über 100 Atomreaktoren in Betrieb genommen haben.

China will bis 2030 über 100 Kernkraftwerke in Betrieb nehmen. Im Bild sind Kühltürme eines Kraftwerks in der Nähe von Peking. (Bild: Michael Reynolds / EPA)

China trifft eine weitere Massnahme im Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltverschmutzung und will die Kernenergie bis 2030 deutlich ausbauen. Nach dem neuen Fünfjahresplan 2016–2020 sollen die Weichen jetzt gestellt werden, damit bis 2030 rund 110 Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden können. Diese sollen gemeinsam für 10 Prozent der in China verbrauchten Energie aufkommen, wie die Tageszeitung «China Daily» unter Berufung auf einen der staatlichen Stromproduzenten, die Power Construction Corporation of China, schreibt.

### Bis 2020 jährlich 8 Reaktoren

Über die Anzahl der Atomkraftwerke in China bestehen unterschiedliche Angaben. [Gemäss der Internationalen Atomenergieagentur](#) sind in China derzeit 31 Atomkraftwerke in Betrieb, die [Nichtregierungsorganisation World Nuclear Association \(WNA\)](#) schreibt von 30. Bis Ende 2020 ist laut Bericht der Organisation die Fertigstellung von zwischen 36 und 40 weiteren Reaktoren geplant, die dann mit den bestehenden mit 58 Gigawatt mehr als das Dreifache der heutigen Leistung erbringen sollen. China will dafür 500 Milliarden Yuan, umgerechnet 77 Milliarden Franken, investieren. Zehn Jahre später, bis 2030, soll mit den bis dann fertiggestellten Kraftwerken eine Leistung von etwa 150 Gigawatt erreicht werden.

### Klimawandel als Bedrohung für die Macht

Mit dem angekündigten Entscheid scheint die chinesische Regierung die Bevölkerung besänftigen zu wollen. In den letzten Tagen hat das Reich der Mitte erneut mit [unerträglicher Luftverschmutzung Schlagzeilen gemacht](#). Die Schadstoffbelastung, angezeigt durch ein Messsystem der amerikanischen Botschaft in Peking, erreichte PM-2,5-Werte von über «gefährlichen» 600 Mikrogramm je Kubikmeter. Dies hat die Regierung erstmals in diesem Jahr gezwungen, die Warnstufe orange auszurufen. PM-2,5 bezeichnet dabei Feinstaubpartikel mit einem aerodynamischen Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometer. Diese Partikel gelten für den Menschen als besonders gesundheitsschädlich.

Auch wenn sich die Luftverhältnisse inzwischen wieder auf ein [«gutes» Niveau gesenkt haben](#), hat die Führung das [Gefahrenpotenzial, welches die Umweltverschmutzung für ihre Macht bietet](#), offenbar erkannt und will entsprechend handeln. Dafür hat China, das nach den

USA der weltweit zweitgrösste Emittent von Kohlendioxid ist, bereits im September eigene Ziele im Kampf gegen den Klimawandel angekündigt.

## **Erste Baugenehmigung seit 2011**

So will die Führung in Peking bis 2030 den maximalen Ausstoss an CO<sub>2</sub> erreicht haben. Um dieses Ziel zu erlangen, muss China jedoch seine Abhängigkeit von Kohle verringern. Diese liefert immer noch fast 70 Prozent aller Energie in China. Dazu will China vermehrt auf erneuerbare Energien umsteigen, der Anteil dieser Energiequellen soll bis 2030 um 20 Prozent steigen. [Gemäss dem Institute for Energy Economics and Financial Analysis](#) ist denn auch der Kohleverbrauch in China um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Nachdem das Land nach Fukushima 2011 die Projekte in der nuklearen Energie sistiert und den Bau weiterer Kraftwerke unterbrochen hat, wurde dieses Jahr erstmals auch wieder eine Genehmigung ausgesprochen. Das Atomkraftwerk Hongyanhe 800 Kilometer nordöstlich von Peking konnte im März mit dem Erweiterungsbau beginnen.